

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

13 (1.2.1947)

noch
ß die
t, die
Um
Blicke
ichten,
g. Eu-
durch
rechen
begriff,
r kein
st das
altung,
stand,
it des
mani-
rgang,
Ohne
ie ge-
tschei-
geistli-
olange
Weil
lichkeit
mit
Unver-
Europa
r. Wer
prinzip
e Ver-
freiheit
nerser
e Solle-
ne, die
r müs-
n und
sich
alles
t einer
n, wir
te und
verletzt
Ein-
n. Der
Einzel-
e von
gegen-
alismus,
r Gott.
r unser
e ein-
sionen
es Ge-
r sehen
och nie
affosio-
lichung,
Christi
worden.
sondern
vereinh-
ger
e Tiefe.
Redner
r Gläu-
nd daß
n kann,
en.
rosso in
s Col-
r Müp-
f und
eize n-
n Ge-
ten. m
g
ng ist
Zuteil-
auf je-
n allen
gerech-
wie
Prin-
werk
beso-
lserin-
gung
ur
ledsbe-
t dieses
n übrig
Karbid-
vor, daß
er nicht
fte, 9100
Die zu-
ucht, im
für Ab-
widmet.



BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe a. Rh., Lammstr. 19-5, Tel. 4051/52. 2. Jahrgang / Nummer 13 - Karlsruhe, Samstag, 1. Februar 1947. Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Monat, Bezugspreis RM 2,20, durch die Post bezogen RM 2,60 zuzügl. RM 0,36 Zustellgebühr. Anzeigenpreis: Die 10sp. Nonp-Zeile RM 2,-; Ausg. Hirschheim RM 1,-; Ankl. Anz. die Hälfte.

Tschechei für ständige Deutschland-Kontrolle

Deutschland soll Griechenland aufbauen helfen - Italien will Mitarbeit am Deutschland-Vertrag - Ueber die russische Politik

London, 31. Jan. (dena) Eine Beteiligung der kleineren alliierten Mächte in jeder Phase der Ausarbeitung des Friedensvertrages mit Deutschland forderte am Mittwochvormittag der griechische Delegierte Thanassis Agnides in seiner Stellungnahme vor den für Deutschland zuständigen Stellvertretern der Außenminister. Eine übermäßige Dezentralisierung der deutschen Industrie gefürchte die Wiedergesundung Europas. Nachdem er gefordert hatte, daß Deutschland in möglichst großem Umfang zum Wiederaufbau Griechenlands beitragen solle, gab er einen Überblick über die griechischen Forderungen. Diese sind: Gleicher Anteil an den Reparationsforderungen, wie ihn Jugoslawien erhält, Einschuß von Gütern aus der laufenden Produktion (insbesondere Kohle) in die Reparationen, Zulassung deutscher Techniker nach Griechenland, Verpflichtung Deutschlands, für die Dauer von 30 Jahren griechische Exporte (besonders Tabak) abzunehmen.

Konferenz eine Note, in der sie die Notwendigkeit einer Teilnahme Italiens bei der Ausarbeitung des deutschen Friedensvertrages hervorhebt. Molotow unterzeichnete Friedensverträge Der sowjetische Außenminister Molotow unterzeichnete am Mittwoch im Namen der Sowjetunion die Friedensverträge mit Italien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Finnland.

Zur Haltung Rußlands Berlin, 31. Jan. (ap) (Von Edwin Shanke, Korrespondent der ap.) Man habe das Gefühl, als ob Rußland mit seinen ständigen Angriffen gegen die anglo-amerikan. Besetzungspolitik eine „Verhandlungsbasis“ für die kommenden Besprechungen in Moskau schaffen wolle, verlaute am 30. d. Mts. in Kreisen der britischen Kontrollkommission in Berlin.

Zu diesem Zweck schlägt der französische Plan vor: 1. politische Garantien hinsichtlich des zukünftigen Verhältnisses zwischen einer deutschen Zentralregierung und der Ruhr - 2. wirtschaftliche Garantien, insbesondere Verwaltungsmaßnahmen zur Kontrolle der deutschen Kohlengruben und Stahlwerke - 3. eine internationale Kontrollorganisation.

Das österreichische Memorandum Ein Memorandum der österreichischen Regierung war dem Sekretariat der Londoner Konferenz am Mittwoch vorgelegt worden. Die darin im Hinblick auf den Vertrag mit Oesterreich vorgebrachten Wünsche sind in erster Linie Aufnahme einer Erklärung in den Vertrag, daß Oesterreich ein freies Land ist, und daß seine Unabhängigkeit wieder hergestellt werden muß. Wiederherstellung der Grenzen von 1937 und Zurückweisung der jugoslawischen Forderungen, Nichtverwirklichung österreichischer Handlungen der deutschen Besatzungsmacht, keine Reparationen, frühzeitige Zurückziehung aller Besatzungstruppen, Genehmigung zur Aufstellung einer Armeekorps, endgültige Regelung der finanziellen Ansprüche Oesterreichs gegenüber Deutschland.

Der Schaden, der Oesterreich durch die deutsche Besetzung zugefügt wurde, wird auf sieben Milliarden Dollar geschätzt. In Anerkennung der alliierten Reparationsansprüche, fordert Oesterreich keine Entschädigung von Deutschland, sondern verlangt lediglich die Rückgabe der ihm genommenen wichtigsten Güter. Weiter ist es an einer freien und ungehinderten Benutzung der Donau interessiert.

Paris, 31. Jan. (dena-Reuters) Die dritte französische Note zur Deutschlandfrage, über die Außenminister Bidault am 29. d. Mts. dem Kabinett einen Vortrag hielt, befaßt sich mit der internationalen Verwaltung der Kohlengruben und Stahlwerke und mit der internationalen Kontrolle des gesamten Ruhrgebietes. Der französische Plan beschränke sich absichtlich nur auf technische Fragen, ohne auf das Problem einer politischen Trennung der Ruhr von Deutschland und einer sowjetrussischen Beteiligung an einer internationalen Kontrollorganisation einzugehen.

Marshall vor US-Kongress Washington, 31. Jan. (dena-INS) Der Verkauf überschüssiger amerikanischer Güter nach Uebersee trage zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der fremden Staaten und damit zu einem dauernden Frieden bei, erklärte am 31. d. Mts. der neue amerikanische Außenminister George C. Marshall vor dem amerikanischen Kongress.

Die Bildung eines freien, unabhängigen und demokratischen Oesterreichs wurde auch in dem Memorandum gefordert, das die niederländische Regierung der Londoner Konferenz am Donnerstag vorgelegte. Die jugoslawische Regierung überreichte den für Oesterreich zuständigen Außenministern am Donnerstag abends ein Memorandum, in welchem sie gegen die Teilnahme von Hans Plesch, dem Leiter der provisorischen Provinzialregierung Kärntens, an der österreichischen Delegation Stellung nimmt.

Es wird gesagt, es hätte als öffentliche Anklage nur den Fall Schacht zu behandeln gehabt. Es ist zu erwidern: Ich bin zum öffentlichen Ankläger bei der Spruchkammer Stuttgart bestellt worden. Ich bin damit Inhaber eines Amtes geworden, dem das Gesetz bestimmte Rechte und Pflichten zuweist. Nach Art. 32 des Befreiungsgesetzes ist in Spruchkammerverfahren neben anderen Stellen in erster Linie der öffentliche Ankläger antragsberechtigt. Die Aufgabe des öffentlichen Anklägers fixiert das Gesetz in Art. 33 mit den Worten: „Der öffentliche Kläger hat alle Verantwortlichen zu ermitteln.“ Als öffentlicher Ankläger war ich berechtigt und verpflichtet, da für die betroffenen Wilhelm Simpfendorfer und Reinhold Maier der örtliche Gerichtsstand Stuttgart schon auf Grund ihres Dienstortes gegeben war, dort meines Amtes zu walten, wo ich feststellen mußte, daß durch gesetzwidriges Verhalten des zuständigen Ministers der Lauf des Gesetzes verhindert werden soll.

England zur Erklärung Sokolowskis London, 31. Jan. (dena-Reuters) Ein Sprecher des britischen Kontrollamtes für Deutschland erklärte, daß Außenminister Bevin entgegen der von Marshall Sokolowski in Berlin abgegebenen und von der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass veröffentlichten Erklärung niemals zugestimmt habe, daß Informationen über die aus der sowjetischen Zone entnommenen Reparationslieferungen nicht vom Alliierten Kontrollrat in Berlin angefordert werden sollten.

Anglo-sowjetischer Militärapakt geplant London, 31. Jan. (ap) Die britische Regierung sieht nunmehr der Aufforderung Marshall Sokolowskis zu einem allgemeinen anglo-sowjetischen Militärapakt an Stelle des gegenwärtigen Freundschaftsvertrages entgegen. Großbritannien stimme einer „vollen Zusammenarbeit“ mit der Sowjetunion durchaus zu.

will sich an Kontrolle Deutschlands beteiligen In der Donnerstagssitzung der Sonderbeauftragten für Deutschland wurde das tschechoslowakische Memorandum zur Deutschlandfrage vorgelegt, in welchem eine ständige Kontrolle Deutschlands und seine vollständige militärische Abrüstung gefordert wird. Die Tschechoslowakei werde darum ersuchen, so heißt es in dem Memorandum, sich an der Kontrolle Deutschlands beteiligen zu dürfen, wenn außer den vier Besatzungsmächten noch weitere Staaten hierzu aufgefordert werden.

Die beiden angegriffenen Minister Ministerpräsident Reinhold Maier (rechts) und Kultusminister Wilh. Simpfendorfer (links) (dena-Bilder)

„Eine nicht zu rechtfertigende Maßregelung“ Stuttgarter Gewerkschaftsführer zur Amisenthaltung F. K. Maiers Stuttgart, 31. Jan. (dena) „Die Vertreterversammlung der Gewerkschaften Stuttgarts sieht in der Maßnahme des Ministers Kamm gegenüber Franz Karl Maier eine nicht zu rechtfertigende Maßregelung und Desavouierung einer richtigen Entnazifizierung“, heißt es in einer am Donnerstag gefaßten Entscheidung der Kartelldelegierten und Betriebsräte der wichtigsten Stuttgarter Betriebe. „Eine solche Handlungsweise ist dazu angetan, das Mißtrauen im Ausland zu bestärken, wie es bereits im Bericht des Internationalen Gewerkschaftskongresses zum Ausdruck kommt. Angesichts der kommenden Friedensverhandlungen in Moskau muß das deutsche Volk alles tun, um durch eine konsequente Entnazifizierung das Vertrauen zum demokratischen Deutschland zu schaffen.“

Brit. Botschafter in Polen abberufen London, 31. Jan. (ap) Wie das britische Außenamt am 30. d. Mts. bekanntgab, wird der britische Botschafter in Polen „in Kürze“ abberufen und mit einem anderen Posten betraut werden.

Die jugoslawische Regierung überreichte den für Oesterreich zuständigen Außenministern am Donnerstag abends ein Memorandum, in welchem sie gegen die Teilnahme von Hans Plesch, dem Leiter der provisorischen Provinzialregierung Kärntens, an der österreichischen Delegation Stellung nimmt.

Die Rechteauffassung des Befreiungsministers geht dahin, daß sei eine Verletzung des Amtsgeheimnisses. Leider hat der Herr Minister diese Auffassung weder durch Anführung einer Stelle noch mit einer sonstigen Begründung stützen können. Er wird auch keine finden, das ganze Befreiungsgesetz soll in aller Öffentlichkeit durchgeführt werden. In den einzelnen Fällen, in denen gewöhnliche Sterbliche betroffen sind, wird es öffentlich angeschlagen, im anderen Fall ist die Bekanntgabe Verletzung eines Amtsgeheimnisses. „Aus der Landtagsrede von Minister Kamm entnehme ich, daß gegen mich eine Disziplinaruntersuchung läuft, die feststellen soll, ob ich nicht als journalistischem Sensationsbedürfnis gehandelt hätte.“ Ich trage zur Beschleunigung dieser Untersuchung bei, indem ich erkläre, daß ich aus meinen Beobachtungen über das Befreiungsverfahren genügend Stoff zu sensationellen Berichten gehabt hätte, hätte beispielsweise über die ungläublichen Zustände bei der Spruchkammer Stuttgart berichten können, daß die dortigen Angeklagten in den Zellen einen netten Treppenvier erzählen können: In der engsten Mitarbeiter des Ministers und Inspektors für die Spruchkammer ist Parteimitglied und SA-Mann zugleich gewesen, ich hätte dies tun können, wenn mich nicht die Abscheu vor Sensationen und das Bedürfnis, Zurückhaltung zu zeigen, daran gehindert hätten.

Die beiden angegriffenen Minister Ministerpräsident Reinhold Maier (rechts) und Kultusminister Wilh. Simpfendorfer (links) (dena-Bilder)

Draper: „Atmosphäre in Berlin gebessert“ Berlin, 31. Jan. (dena) Die sowjetische Entscheidung, sich das Recht zur direkten Vorlage des Berichtes über die Demontagen von Fabriken in der Sowjetzone für Reparationszwecke beim Außenministerium in Moskau vorzubehalten, mache die Fertigstellung eines Vermittlungsberichtes über den gegenwärtigen Stand der deutschen Wirtschaft praktisch unmöglich, erklärte am 30. d. Mts. General William H. Draper, der Leiter der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, in einem amer. Rundfunkgespräch gewährten Interview.

9 Jahre Arbeitslager für Fritsche

Nürnberg, 31. Jan. (dena) Hans Fritsche wurde am 30. d. Mts., um 13.45 Uhr, von der Nürnberger Spruchkammer I in die Gruppe der Hauptschuldigen eingereiht und auf die Dauer von neun Jahren in ein Arbeitslager eingewiesen. Es werden ihm folgende Sühne-Maßnahmen auferlegt. Punkt eins: Er wird auf die Dauer von neun Jahren in ein Arbeitslager eingewiesen, um Wiedergutmachungs- und Aufzuchtarbeiten zu verrichten. Seine politische Haft nach dem 8. Mai 1945 wird angerechnet. Punkt zwei: Sein Vermögen ist als Beitrag zur Wiedergutmachung einzuziehen, es wird nur der Betrag gelassen, der unter Berücksichtigung der Familienverhältnisse und der Erwerbsfähigkeit zu notwendigem Lebensunterhalt erforderlich ist. Er unterliegt laufenden Sonderaufgaben zu einem Wiedergutmachungssowjet oder Einkommenbeitrag. Punkt drei: Er ist dauernd unfähig, ein öffentliches Amt einschließlich des Notariats zu bekleiden. Punkt vier: Er verliert seine Rechtsansprüche auf eine aus öffentlichen Mitteln zahlbare Pension oder Rente. Punkt fünf: Er verliert das Wahlrecht, die Wahlbarkeit und das Recht, sich irgendwie politisch zu betätigen und einer politischen Partei als Mitglied anzugehören. Punkt sechs: Er darf weder Mitglied einer Gewerkschaft, noch einer wirtschaftlichen oder beruflichen Vereinigung sein. Punkt sieben: Es wird ihm auf die Dauer von zehn Jahren untersagt: a) in einem freien Beruf oder selbständig in einem Unternehmen oder gewerblichen Betrieb jeglicher Art tätig zu sein, sich daran zu beteiligen oder die Aufsicht oder Kontrolle hierüber auszuüben; b) in nicht selbständiger Stellung anders als in gewöhnlicher Arbeit beschäftigt zu werden; c) als Lehrer, Prediger, Redakteur, Schriftsteller oder Rundfunkkom-

mentator tätig zu sein. Punkt acht: Er unterliegt Wohnungs- und Aufenthaltsbeschränkungen und kann zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden. Punkt neun: Er verliert alle ihm erteilten Approbationen, Konzessionen und Berechtigungen sowie das Recht einen Kraftwagen zu halten. Von einer Haftanordnung wird abgesehen, die bisherigen polizeilichen Sicherungsmaßnahmen werden aufrecht erhalten. Die Kosten des Verfahrens werden dem Betroffenen auferlegt. Streitwert 29 900 Mark.

„Eine nicht zu rechtfertigende Maßregelung“ Stuttgarter Gewerkschaftsführer zur Amisenthaltung F. K. Maiers Stuttgart, 31. Jan. (dena) „Die Vertreterversammlung der Gewerkschaften Stuttgarts sieht in der Maßnahme des Ministers Kamm gegenüber Franz Karl Maier eine nicht zu rechtfertigende Maßregelung und Desavouierung einer richtigen Entnazifizierung“, heißt es in einer am Donnerstag gefaßten Entscheidung der Kartelldelegierten und Betriebsräte der wichtigsten Stuttgarter Betriebe. „Eine solche Handlungsweise ist dazu angetan, das Mißtrauen im Ausland zu bestärken, wie es bereits im Bericht des Internationalen Gewerkschaftskongresses zum Ausdruck kommt. Angesichts der kommenden Friedensverhandlungen in Moskau muß das deutsche Volk alles tun, um durch eine konsequente Entnazifizierung das Vertrauen zum demokratischen Deutschland zu schaffen.“

Auf das Ersuchen des Vorsitzenden sich bezüglich der Annahme oder Ablehnung des Spruches zu äußern, antwortete der Betroffene: „Ich werde gegen diesen Spruch und insbesondere gegen einen Punkt in Ihrer Begründung alle die Rechtsmittel verwenden, die mir das Gesetz zur Verfügung stellt.“ Gegenüber einem Dena-Vertreter erklärte Fritsche, daß es sich bei diesem einen Punkt um die Behauptung handle, er habe das deutsche Volk zur totalen Kriegsführung aufgefordert und Propaganda für die NS-Gewaltherrschaft getrieben.

Die Rechteauffassung des Befreiungsministers geht dahin, daß sei eine Verletzung des Amtsgeheimnisses. Leider hat der Herr Minister diese Auffassung weder durch Anführung einer Stelle noch mit einer sonstigen Begründung stützen können. Er wird auch keine finden, das ganze Befreiungsgesetz soll in aller Öffentlichkeit durchgeführt werden. In den einzelnen Fällen, in denen gewöhnliche Sterbliche betroffen sind, wird es öffentlich angeschlagen, im anderen Fall ist die Bekanntgabe Verletzung eines Amtsgeheimnisses. „Aus der Landtagsrede von Minister Kamm entnehme ich, daß gegen mich eine Disziplinaruntersuchung läuft, die feststellen soll, ob ich nicht als journalistischem Sensationsbedürfnis gehandelt hätte.“ Ich trage zur Beschleunigung dieser Untersuchung bei, indem ich erkläre, daß ich aus meinen Beobachtungen über das Befreiungsverfahren genügend Stoff zu sensationellen Berichten gehabt hätte, hätte beispielsweise über die ungläublichen Zustände bei der Spruchkammer Stuttgart berichten können, daß die dortigen Angeklagten in den Zellen einen netten Treppenvier erzählen können: In der engsten Mitarbeiter des Ministers und Inspektors für die Spruchkammer ist Parteimitglied und SA-Mann zugleich gewesen, ich hätte dies tun können, wenn mich nicht die Abscheu vor Sensationen und das Bedürfnis, Zurückhaltung zu zeigen, daran gehindert hätten.

Photograph Hitlers Hauptschuldiger München, 31. Jan. (dena) Heinrich Hoffmann, der frühere „Reichsbildberichterstatler“ und persönliche Photograph Hitlers, wurde am 31. Jan. im Münchener Justizpalast von der Spruchkammer mit zehn Jahren Arbeitslager und Einziehung des gesamten Vermögens in die Gruppe der Hauptschuldigen eingereiht.

Funkmeldungen: Aus aller Welt

Paris. Die Entnazifizierung und Demokratisierung des deutschen Volkes lasse sich nur dann durchführen, wenn die in Deutschland immer noch bestehenden Monopole und Kartelle liquidiert werden, erklärte am 30. d. Mts. die französische kommunistische Zeitung „Humanité“. (ap)

Paris. Das Rücktrittsgesuch des Ministerpräsidenten der spanischen Exilregierung, Dr. Jose Giral, wurde am Montag von Präsident Martinez Barrio angenommen. (dena)

Warschau. Nach den amtlichen Wahlergebnissen der letzten polnischen Wahlen erhielt der demokratische Block (Vier-Parteien-Regierungskoalition) 394 Sitze, die Bauernpartei des polnischen stellv. Premierministers Mikolajczyk 28 Sitze, die Arbeiterpartei 12, die Unabhängige Bauernpartei 7 und die Unabhängigen Katholiken 3 Sitze. (dena-Reuters)

Kopenhagen. Für Prinz Gustav Adolf von Schweden, der am 26. d. Mts. bei einem Flugzeugunfall ums Leben kam, hat am 28. d. Mts. in der schwedischen Kirche in Kopenhagen eine Totenfeier stattgefunden. Präsident Truman hat König Gustav von Schweden ein Beileidstelegramm übermittelt. (dena-Reuters)

Letzte Neuigkeiten

Mehr USA-Weizen für Europa Washington, 1. Febr. (ap) Landwirtschaftsminister Clinton Anderson erklärte am 30. d. Mts., die USA dürften in der Lage sein, von der Ernte 1946 250 Mill. Zentner Weizen nach Uebersee zu verschiffen, das heißt also etwa 50 Mill. Zentner mehr, als zunächst vorgesehen war.

Geständnis des Leibarztes Hitlers Nürnberg, 1. Febr. (ap) Der Leibarzt Hitlers, Dr. Karl Brandt, gab im Verhör zu, daß in Deutschland im Jahre 1941 etwa 40 000 bis 60 000 Geisteskranken oder unheilbar Kranken der „Gnadentod“ gegeben worden sei.

Zur Sozialisierung im Kohlenbergbau Bochum, 1. Febr. (dena-DPD) Ausführliche praktische Vorschläge für die Durchführung der Sozialisierung im Ruhrkohlenbergbau enthält eine Entscheidung, die auf der ersten Zonenkonferenz des Industrieverbandes Bergbau am 28. und 29. Januar in Bochum gefaßt wurde.

In der Entscheidung wird die Bildung eines Kohlenrates vorgeschlagen, der mit der Gesamtleitung der Förderung und des Absatzes betraut werden soll. Das gesamte Bergbauvermögen soll in Gemeineigentum überführt werden und von einer Holding-Gesellschaft unter Aufsicht des Kohlenrates treuhänderisch verwaltet werden.

Bis zur gesetzlichen Regelung der Sozialisierungsmaßnahmen im Bergbau erachte die Konferenz zumindest die Befragung des Industrieverbandes Bergbau bei allen wichtigen Maßnahmen der Besatzungs- wie der deutschen Behörden für zweckmäßig.

Alliierte Kontrollkommission in Italien aufgelöst Rom, 1. Febr. (dena-Reuters) Die Alliierte Kontrollkommission in Italien wurde, wie der alliierte Oberbefehlshaber im Mittelmeergebiet, General Sir William Morgan, bekanntgab, mit Wirkung von Freitag-Mitternacht aufgelöst.

Französisches Verstaatlichungsgesetz Paris, 31. Jan. (ap) Der Industrieproduktions-Ausschuß der französischen Nationalversammlung nahm am 30. d. Mts. den Gesetzentwurf für eine Verstaatlichung der französischen Stahl- und Eisenindustrie an.

KURZ BELEUCHTET

Was im Nürnberger Urteil unterlassen werden mußte, das die S. Zt. im Kriegsverbrecherprozeß aufstellten und scharf urmissenen Anklagen waren, ist nunmehr von der Nürnberger Spruchkammer nachgeholt worden. Der Rundfunkpropagandist des Nationalsozialismus ist zu 9 Jahren Arbeitslager verurteilt worden. Das gleichzeitig schwedene Verfahren gegen von Papen hat, wenn es dessen überhaupt noch bedurfte, bereits soviel Beweise überschwerer Schuld geliefert, daß auch in diesem Falle kein Zweifel mehr bestehen kann, ob dem Recht Genüge geschehen wird. Schließlich ist mit Genugtuung zu verzeichnen, daß auch Hitlers Leibfotograf, Heinrich Hoffmann, zu 10 Jahren Arbeitslager und Vermögensentziehung verurteilt worden ist. Die erwähnten Urteile sind von Deutschen gefällt worden, ein Beweis, daß die erforderliche Energie in der deutschen Demokratie, Unrecht zu strafen und ihr Lebensrecht zu sichern, im Erstarken begriffen ist. Wieviel diese Entschlossenheit auch in der Frage der Entnazifizierung im Zusammenhang mit den Angriffen gegen Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier und Kultusminister Simpfendorfer in die Erscheinung treten wird, bleibt noch abzuwarten. Man hat bisher den Eindruck, daß der unlösbare Zusammenhang zwischen Denazifizierung und seinerzeitiger Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz noch nicht genügend erkannt worden ist. Wäre dies rechtzeitig geschehen, so hätten nach allem, aber nichtsdestoweniger lobenswerter Brauch die kürzlich durch den abberufenen Stuttgarter öffentlichen Ankläger Angegriffene nicht nur sofort beim ersten Vorwurf die Einsetzung einer Untersuchungskommission als ihr Recht verlangt, sondern sie hätten auch ihre Ämter solange zur Verfügung gestellt, bis die Kommission ihre Entscheidung gefällt hatte. Das wäre eine gleichzeitig korrekte und vornehme Haltung gewesen, die eine Anklageerhebung von Spruchkammerseite her verhindert und Deutschland und der Welt ein Schauspiel erspart hätten, das der jungen Demokratie nicht gerade zum Ruhm gereicht. W. S.

Bedingungen des Friedens

Von Wilhelm Baur

Die heranreifenden politischen Entscheidungen über das Schicksal Deutschlands und seine Eingliederung in die heutige Friedensordnung, um deren Gestaltung das politische Ringen zwischen den entscheidenden Mächten der Welt schon längst begonnen hat, werden erst offenbar machen, in welchem Umfang wir Objekt des Willens der Sieger geworden sind. Das ist weder die Schuld derer, die uns heute beherrschen, noch jener, die das Gesicht unserer in jeder Beziehung stark eingegengten Demokratie bestimmen.

Es gibt aber Anlaß, ohne Illusion das Problematik unserer Lage zu behandeln, und es wird ebenso angebracht sein, die Stimme unseres Volkes nach außen dringen zu lassen, nachdem bis jetzt weder ein öffentlicher Sprecher autorisiert war, Gesamtdeutschlands Interessen öffentlich zu vertreten oder von irgend-einem gesamtstaatlich geordneten Fundament aus wirklich verpflichtende Entscheidungen kundzutun. Wenn öffentlich gesprochen wird, muß zunächst zu uns, zu unserem eigenen Volke gesprochen werden und zwar laut, deutlich und vor allem wahr, damit es die in der politischen Lethargie Liegenden ebenso wie jene hören, die auf die Trostlosigkeit unserer Lage durch billiges Beharren im nationalsozialistischen Krampf reagieren.

Zunächst gilt es, das was in aller Eindringlichkeit festgesetzt werden, im Rahmen des Möglichen Wiedergutmachung zu leisten. In welchem Umfang die materielle Wiedergutmachung möglich sein wird, und die durch uns hervorgerufenen Schäden wirklich gedeckt werden können, kann heute bei dem Umfang der in Deutschland angerichteten Zerstörungen und der Unmöglichkeit, bei der Zonenabgrenzung eine vollkommene Übersicht der Produktionsfähigkeit zu erlangen, nicht ohne weiteres einwandfrei festgestellt werden, aber die Pflicht zur materiellen Reparation bleibt. Man kann einem Volke, das seine Arbeitswilligkeit im großen und ganzen unter den schwierigsten Umständen unter Beweis gestellt hat, und das die unendlich harte Wirklichkeit dieses schweren Winters in einem durchaus zu würdigen Einfühlungsvermögen in die Unabänderlichkeit der jetzigen Verhältnisse durchsetzt, letzten Endes nicht mehr zu muten, als es bis zur äußersten Grenze seiner Lebenshaltung zu leisten und zu ertragen vermag. Nicht übersehen kann werden, daß auch bis jetzt schon Reparationen geleistet worden sind und noch werden. Wir denken an die Arbeit unserer Kriegsgefangenen in einer Reihe europäischer Länder — ihre restlose Freilassung ist eine menschliche Forderung, die wir an den Frieden haben — an die Werte der Rohstoffe und Ländereien der im Osten abgetrennten Territorien, an den Besitz, den die über 10 Millionen aus dem Osten nach dem Westen eingeströmten Flüchtlinge zurücklassen mußten, an die Demontage von Maschinen und Fabriken und die Entnahme aus laufender Produktion sowohl im Osten wie in der französischen Zone und an die Verwendung der beschlagnahmten Patente und Geheimverfahren der deutschen Industrie und der wissenschaftlichen Forschungsergebnisse zur Verwertung in der englischen und amerikanischen Industrie.

Eine andere Wiedergutmachung, auf die es viel wesentlicher ankommt, kann aber ohne jede Beschränkung überzeugend und eindeutig geleistet werden, und das ist die geistige und moralische. Mit ihr müssen wir ebenso unter allen Umständen totalen Ernst machen. Wir können und dürfen uns an ihr nicht vorbedrücken wollen mit dem Hinweis, daß auch hier irgendwelche Grenzen gesetzt seien; denn dem Willen zur inneren Aufrichtigkeit und zur Abwendung von den in der Vergangenheit beschrifteten Irrwegen, dem durch die Ereignisse der Vergangenheit wahrhaft eindeutig nahegelegenen Entschluß, Verfehltes wieder gutzumachen, sind keinerlei Schranken gesetzt. Darin ist alles begriffen, was unsere innere Haltung zu den Menschen neben uns und den politischen Dingen um uns umfaßt, von der Durchführung einer richtigen Denazifizierung, die den großen Schuldigen ausmerzt und den kleinen wirklichen Mitläufer die Tore der Volks- und Erwerbsgemeinschaft wieder öffnet, bis zur Absage an jeden Gedanken des Hasses gegen den Nebenmenschen und zur Aufrichtung jenes in der Vergangenheit verschütteten gegangenen Rechtsgefühls, das nicht nur angetanes Unrecht empfindet, sondern das auch Unbill sieht und abwehrt, die anderen zugefügt wird.

Darin sind auch begriffen die Elemente des zukünftigen Staatsaufbaus, der von vornherein alles ausschließt, was in der Vergangenheit zu unserer Not und zu unserem Verhängnis geführt hat. Das ist die Herrschaft des monopolistischen Großkapitals, das zur Beseitigung jeder politischen Gefahr in Gemeineigentum übergeführt werden muß. Erfreulich ist die im Parlament von Nordrhein-Westfalen daraus gezogene Nutzenanwendung der Sozialisierung der Kohlen-, Stahl- und Schwerindustrie, in der sich die beiden großen Parteien der SPD und CDU trotz verschiedenartiger Auffassung über den Begriff Gemeineigentum grundsätzlich einig sind. Darum sind wir auch im Aufbau des deutschen Staates für die Verwirklichung eines gesunden föderativen Systems, das im Wirtschaftlichen die Einheit, im Kulturellen und Verwaltungsmäßigen aber die Vielgestalt des Landmannschaftlichen zur Auswirkung kommen läßt, um der Öffentlichkeit ein wahres Bild über die gesundheitliche und materielle Lage der in Frankreich befindlichen deutschen Kriegsgefangenen zu geben. Der Rapport des Internationalen Roten Kreuzes stellt vor allem eine wesentliche Besserung der Lage der in Frankreich anvertrauten deutschen Kriegsgefangenen fest. So sind insbesondere genügend Vorkehrungen getroffen worden, um die Gefangenen mit neuen Uniformen, Arbeitskleidern und Leibwäsche zu versehen. Dabei hat Frankreich aus eigenen Vorräten große Mengen zur Verfügung gestellt und Kübit im Wert von über einer Million Dollar in den Vereinigten Staaten getätigt. Deutschland selbst lieferte einen Beitrag von 100.000 Kleidungsstücken. Anfangs des Jahres erhielten die Kriegsgefangenen neue Uniformstücke und neue Stiefel.

In den Gefangenenlagern erhalten die In-

Um das Testament Hindenburgs

Düsterberg, Seldte und Severing als Zeugen gegen Papen — Oskar von Hindenburgs Aussage — Das Verhältnis Papen — Hitler

Nürnberg, 31. Jan. (dena). „Ich will hier vor diesem Gericht nur die Wahrheit und Tatsachen berichten“, begann der 71jährige Zeuge Theodor Düsterberg, ehemals zweiter Bundesvorsitzender des Stahlhelms, seine Aussagen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden äußerte sich Düsterberg, daß Hindenburg wohl deshalb im Juni 1932 Papen zum Reichskanzler ernannte, weil Schleicher ihn empfohlen habe. Papen habe Hitler sofort den Vizekanzler-Posten angeboten und diesen Vorschlag noch im November 1932, als die Nationalsozialisten einen bedeutenden Stimmenverlust erlitten hätten, wiederholt. Von Kabinett-Schleicher sagte der Zeuge, daß dieses den Versuch gemacht habe, mit den Gewerkschaften und mit Gregor Strasser und dessen Anhängern in der NSDAP zu regieren. Die Chance für die NSDAP, die Stimmenmehrheit zu erreichen, sei bereits vorüber gewesen. Die Zuckungen der Stennes-Revolution gingen nach der desorganisierten SA. Die NSDAP hatte eine Schuldenlast von 12 Millionen. Hitler selbst, sagte Düsterberg, äußerte Zweifel über seinen Enderfolg.

In diesem Augenblick waren es vier Männer aus dem bürgerlichen Lager, welche die nationalsozialistische Partei vor dem weiteren Niedergang bewahrten: Papen, Hugenberg, Seldte und Seldte. Die führende Kraft aber, fuhr Düsterberg fort, war Papen.

Am 28. Januar 1933, wenige Tage vor der Regierungsbildung, sei er Teilnehmer an einer Unterredung zwischen Papen, Seldte und Hugenberg gewesen. Papen habe nach der Unterredung die Unterstellung des Stahlhelms unter Hitler verlangt. Am 30. Januar, dem Tag der Bildung des Hitlerkabinetts, habe er bereits am frühen Morgen eine desorganisierte SA. Die NSDAP hatte eine Schuldenlast von 12 Millionen. Hitler selbst, sagte Düsterberg, äußerte Zweifel über seinen Enderfolg.

Papen habe an Hitler „die passenden Worte“ gerichtet, und Hitler habe sofort geantwortet, die erste Handlung seines Kabinetts werde eine groß aufgezogene Reichstagswahl sein. Hiergegen habe sich Hugenberg energisch gestäubt. Mit der Uhr in der Hand sei dann Staatssekretär Meißner gekommen und habe darauf hingewiesen, daß Hindenburg noch am Vormittag die Meldung über die Kabinettsbildung erwarte. Damit sei Hugenberg wiederum zusammengebrochen und, so sagte Düsterberg, „so kam es zur Vermeidung beim Reichspräsidenten, und damit nahm das Schicksal seinen Lauf“.

Papen habe in Köln beim Zusammenreffen mit Hitler im Hause des Bankiers Schröder die finanzielle Sanierung der nationalsozialistischen Partei versprochen.

Oskar von Hindenburg, der Sohn des ehemaligen Reichspräsidenten von Hindenburg, betonte als Zeuge, daß er als Adjutant seines Vaters nur in persönlichen Dingen dessen Berater gewesen und nie in irgendwelchen politischen Dingen zu Rate gezogen worden sei. Auf die Frage des Präsidenten, ob von Papen irgend einen Druck auf ihn (den Zeugen) ausgeübt habe, um dem Reichspräsidenten die Person Hitlers annäherbar darzustellen, erklärte der Zeuge, dies sei nicht der Fall gewesen.

Auf seine Tätigkeit als Vizekanzler nach dem 30. Januar 1933 eingehend, stellte von Papen selber dann fest, daß er diese Stellung nicht durch Hitler, sondern auf Wunsch Hindenburgs erhalten habe. Die Regierung sei eine Zusammenfassung der nationalen Opposition und des Nationalsozialismus gewesen und er habe immer das Bestreben gehabt, die Interessen der nationalen Opposition in der Regierung zu unterstützen.

Auf Wunsch Hitlers sei er bei Besprechungen zwischen von Hindenburg und Hitler nicht mehr zugelassen gewesen. Über die Vorgänge, die zu seinem Rücktrittsgesuch führten, sagte von Papen, er habe sich immer wieder gegen die zunehmende Knebelung der Kirche, die Freiheitsberaubung und die Einschränkung der Pressefreiheit gewandt.

Papens Tendenz zum Nationalsozialismus In dem Spruchkammerverfahren gegen Franz von Papen traten am 28. d. Mts. der ehemalige preußische Innenminister Karl Severing und der frühere zweite Bundesvorsitzende des „Stahlhelm“, Theodor Düsterberg, als Zeugen auf.

„Papen war lange Zeit mit mir im preußischen Landtag“, so begann Karl Severing seine Aussagen, „er trat weniger als Redner oder die Arbeit in den Kommissionen hervor, jedoch ließ er dadurch auf, daß er die Disziplin der Zentrumsfraktion nicht wahrte.“

Im Herbst 1931 wollte Brüning sein Kabinett erweitern. Er sprach darüber mit Prälat Kaas und Dr. Hess. Vermutlich schickten Brüning Pläne an Widerstand General Schleicher, der auf Zerschlagung der Linken bei Neuwahl des Reichstages rechnete.

Die Gründe bei der Amtsenthebung der Preußenregierung waren vorgetäuscht. Überhaupt zeichnete der Mangel an Wahrtätigkeit die ganze Regierungstätigkeit des Papen-Kabinetts aus.

Wie Severing weiter sagte, wurden als Ursachen für die Auflösung des Preußenkabinetts demselben innere Unruhen in Preußen und die angebliche Infähigkeit des Kabinetts, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, angegeben. Jedoch sei auch in der folgenden Zeit keine Besserung auf diesem Gebiet zu verzeichnen gewesen. Es sei seine Absicht gewesen, die Disziplin der Zentrumsfraktion nicht wahrte.

Abschließend fasste der ehemalige Innenminister seine Aussagen dahin zusammen, daß alle Handlungen von Papens die Tendenz enthalten hätten, die nationalsozialistische Partei an die Macht zu bringen.

Deutsche Kriegsgefangene in Frankreich

(AEP) Die über die Behandlung der Kriegsgefangenen wachenden Kontrollkommissionen des Internationalen Roten Kreuzes haben nach einer Besichtigung sämtlicher Lager in Frankreich einen vertraulichen Bericht über die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich verfaßt. Nachdem Teile dieses Berichtes in völlig entstellter Form von ausländischen Presseagenturen veröffentlicht worden waren, sahen sich sowohl das Internationale Rote Kreuz als auch das französische Außenministerium zu Richtigstellungen veranlaßt, um der Öffentlichkeit ein wahres Bild über die gesundheitliche und materielle Lage der in Frankreich befindlichen deutschen Kriegsgefangenen zu geben. Der Rapport des Internationalen Roten Kreuzes stellt vor allem eine wesentliche Besserung der Lage der in Frankreich anvertrauten deutschen Kriegsgefangenen fest. So sind insbesondere genügend Vorkehrungen getroffen worden, um die Gefangenen mit neuen Uniformen, Arbeitskleidern und Leibwäsche zu versehen. Dabei hat Frankreich aus eigenen Vorräten große Mengen zur Verfügung gestellt und Kübit im Wert von über einer Million Dollar in den Vereinigten Staaten getätigt. Deutschland selbst lieferte einen Beitrag von 100.000 Kleidungsstücken. Anfangs des Jahres erhielten die Kriegsgefangenen neue Uniformstücke und neue Stiefel.

In den Gefangenenlagern erhalten die In-

Auf die Frage des Anklägers, wann nach Papens Ansicht die letzte freie Wahl stattgefunden habe, erklärte der Betroffene, bei den Wahlen nach dem 5. März 1933 habe sich zweifellos eine starke propagandistische Beeinflussung geltend gemacht. Die Wahlkontrolle sei jedoch die gleiche wie früher gewesen und Fälschungen seien nach seiner Ansicht nicht vorgekommen.

Mit Hindenburgs Testamentsentwurf betraut Papen sagte dann im weiteren Verlauf der Verhandlung, als im Frühjahr 1934 eine Verschlechterung im Gesundheitszustand Hindenburgs eingetreten sei, habe er sich verpflichtet gefühlt, alles zu tun, um bei einem möglichen Ableben Hindenburgs eine Berufung Hitlers zum Reichspräsidenten zu verhindern.

Seiner persönlichen Auffassung nach sei die Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland eine mögliche Lösung gewesen. Er habe daher auch versucht, Hitler für diesen Plan zu gewinnen und die habe sich auch im Prinzip nicht abgeneigt gezeigt. Er habe jedoch betont, daß für den Aufbau einer Monarchie zuvor eine geordnete Basis im Reich geschaffen werden müsse. Anzustreben habe er auch Hindenburg seine diesbezüglichen Sorgen vorgetragen und ihm den Vorschlag gemacht, ein politisches Testament aufzusetzen. Dieser sei ihm im April 1934 Hindenburg vorgelegt. Hindenburg, so fuhr Papen fort, habe dann von zwei Testamenten gesprochen, die er hinterlassen wollte. Das erste sollte ein Rechenschaftsbericht sein, in dem er darlegen wollte, wieso er zu diesen und jenen Entschlüssen gekommen sei. Das zweite Testament dieses bittete wollte, die Frage der Monarchie zu erörtern und zu regeln.

Im Mittelpunkt der Verhandlung vom 30. d. Mts. gegen Franz von Papen stand das politische Testament des früheren Reichspräsidenten Paul von Hindenburg.

Während der Sohn des Reichspräsidenten, Oskar von Hindenburg, bisher angegeben hatte, er könne sich in diesem Zusammenhang auf keine Einzelheiten besinnen, berichtete er am Donnerstag, sein Vater habe im Mai 1934 das tatsächliche Testament von seinem zweiten Adjutanten, von der Schulenburg, handschriftlich anfertigen lassen und es Mitte März eigenhändig unterschrieben.

Nach der Unterschrift, so gab Oskar von Hindenburg an, seien das Testament an zwei Exemplare besinnen, berichtete er am Donnerstag, sein Vater habe im Mai 1934 das tatsächliche Testament von seinem zweiten Adjutanten, von der Schulenburg, handschriftlich anfertigen lassen und es Mitte März eigenhändig unterschrieben.

Nach dem Tode seines Vaters am 2. August habe der Sekretär von Papens, Graf Hageneck, das Testament am 9. August, mit einer Vollmacht von Papens ausgestattet, aus Neudeck abgeholt.

Der Vorsitzende verlas dann Teile des Testaments, wie es damals von der Presse dargestellt wurde. „Ich danke der Vorsehung“, so hieß es danach, in dem Testament, „daß sie mich an meinem Lebensabend die Stunde der Wiedererstattung erliehen ließ. Mein Kanzler Adolf Hitler hat viel geteilt.“

Reparationen und Demontagen

Berlin, 31. Jan. (ap) Fast die gesamten Reparationslieferungen aus der US-Zone gingen in die Sowjet-Union, stellte am 22. d. Mts. der Leiter der Wirtschaftsabteilung der US-Militärregierung, General Draper, fest.

Die Sowjetunion erhielt 39 377 t von insgesamt 49 374 t ins Ausland gelieferter Maschinen. Das Material stammt in der Hauptsache von dem Kraftwerk Gensdorf bei München, dem Kugelfischer-Werk in Schweinfurt und der Desch-Werft in Bremen, die für Reparationslieferungen vorgesehen waren.

Fabrikrichtungen als Reparationen

Berlin, 31. Jan. (dena) Fabrikrichtungen aus weiteren neuem Werken der amerikanischen Zone hat die interalliierte Reparationskommission in Brüssel als Reparationen zugewillt. Zu diesen Werken gehören die bayerischen Motorenwerke Nr. 1 und 2, die Kisker-Humboldt-Werke in Dessau, die Henschel-Werke, Hahn und Teßky und F. Borgward. Die Empfängerländer sind: Belgien, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Neuseeland, Indien, Australien und die USA.

Junkers demontiert

Dessau, 31. Jan. (dena-PPD) Die Demontage der Junkerswerke ist nunmehr abgeschlossen. Den Junkerswerken wurde auf Anordnung der sowjetischen Militärregierung ein Maschinen- und Werkzeugmaschinen-Park belassen. Die Herstellung der Erzeugnisse, die einst Junkers einen Weltruf verschafften, ist jedoch vorläufig unmöglich.

Die in der Sowjetzone demontierten Betriebe sollen auf der sowjetische Reparationsrechnung im Höhe von 10 Milliarden Dollar angerechnet werden.

Export-Import-Programm

Stuttgart, 31. Jan. (dena) Die Durchführung des Export-Import-Programms wird auf Anordnung des stellv. amerikanischen Militärregimentars für die US-Zone Deutschlands, General Lucius D. Clay, soweit wie möglich von den

Vorsitzender: „Hat ihr Vater das geschrieben?“ Hindenburg: „Ja, sonst wäre es ja wohl nicht gedruckt.“

Der Vorsitzende gab den Beschluß der Kammer bekannt. Oskar von Hindenburg auf seine Aussagen zu verurteilen.

Papen bedauert „unendlich“

Als der Vorsitzende den Betroffenen fragte, ob er im Jahre 1933 keine Bedenken gehabt habe, verschiedene Gesetze, darunter das Gesetz über die Straftaten für Straftaten, die in Vorbereitung der na-



Franz von Papen und sein Verteidiger Kubschok während der Verhandlung im Nürnberger Rathausssaal. (dena-Bild)

tionalen Erhebung begangen wurden, zu unterschreiben, erwiderte von Papen: „Ich habe das vielleicht im Moment übersehen, ich bedauere es jetzt unendlich.“

Im letzten Teil der Donnerstag-Sitzung berichtete von Papen über seine Entsendung nach Oesterreich und seine dortige Tätigkeit.

Er gab an, Ende Juni 1934 sei er plötzlich von SS-Leuten zu einer telefonischen Besprechung mit Hitler gerufen worden. Hitler habe damals auf die Ermordung von Dollfuß und die kritische Haltung Italiens hingewiesen und ihn gefragt, ob er als Gesandter nach Oesterreich gehen und dort „Die Dinge wieder einrichten“ wolle.

Der Betroffene versuchte dann in längeren Ausführungen zu beweisen, daß sein Verhalten als Gesandter in Oesterreich keine Unterstützung des Nationalsozialismus bedeutete.

SPD fordert Zulassung für Ostzone

Hannover, 31. Jan. (dena-PPD) Die Zulassung der SPD in der Ostzone ist, wie es in einer am Mittwoch hier veröffentlichten Stellungnahme der Pressestelle der SPD heißt, zu einer Frage der deutschen und gesamteuropäischen Demokratie überhaupt geworden.

Die SPD formuliert ihre Forderungen für die Ostzone in folgenden vier Punkten: Erstens: Sicherung der demokratischen Grundrechte in der Ostzone unter Überwachung des alliierten Kontrats.

Zweitens: Freilassung aller inhaftierten SPD-Anhänger, soweit sie nicht von ordentlichen deutschen oder von Gerichten der Besatzungsmacht abgeurteilt worden sind.

Drittens: Rückgabe des gesamten Eigentums der SPD, soweit es von der SED übernommen wurde.

Viertens: Ungehinderter Verkehr mit allen Instanzen der SPD im übrigen Deutschland und Recht auf Beteiligung an allen zentralen Veranstaltungen.

Schumacher zur Unterzeichnung des Friedensvertrages

Hannover, 31. Jan. (dena-PPD) Die Unterzeichnung eines deutschen Friedensvertrages hängt, wie der Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, am 29. d. Mts. erklärte, von der Behandlung der deutschen und europäischen Angelegenheiten in Moskau ab.

Die Siegermächte könnten sich der Tatsache nicht entziehen, daß ein totaler Sieg die totale Verantwortung mit allen Konsequenzen bedeute. Wenn die vertragsschließenden Teile gewillt seien, eine politische und wirtschaftlich grundlegende Neuordnung in Europa vorzunehmen, dann könne die deutsche Zone einen Friedensvertrag übernehmen. Halte die Moskauer Konferenz dagegen an den historischen Tatsachen fest, und verweigere sie eine Politik der nationalstaatlichen und nationalwirtschaftlichen Erweiterung auf Kosten Deutschlands zu treiben, dann wird eine deutsche demokratisch gewählte Instanz Deutschland und Recht andringen, einen solchen Zustand durch ihre Unter-schriften zu verewigen.

Gewerkschaften gegen Loritz

München, 31. Jan. (dena) „Loritz genießt in keiner Weise das Vertrauen der Gewerkschaften“, heißt es in einer am 25. Jan. aus Anlaß der Zusammenkunft von Vertretern des Weltgewerkschaftsbundes mit deutschen Gewerkschaftsleitern vom Vorsitzenden der deutschen Gewerkschaft München, Gustav Schlicher, verlesenen Stellungnahme der Gewerkschaften in Alfr. Loritz. „Seine Handlungsweise als Sonderminister steht im Gegensatz zu dem wirklichen Willen des Entnazifizierungsgesetzes.“

Zentrales Büro der Arbeitsminister

Stuttgart, 31. Jan. (dena) Bei den bilateralen Besprechungen in der britischen Zone mit den Generalen Sir Brian Robertson und Lucius D. Clay erhielten, wie die Pressestelle des Arbeitsministeriums Württemberg-Baden mitteilt, die Arbeitsminister der beiden Zonen die Genehmigung, ein zentrales Büro zur Regelung der gemeinsamen Fragen einzurichten.

Mann ist Mann

Ihr wollt wissen, meine Lieben, wie es in den Herzen der Russen zugeht? Nun, es geht darin zu wie in ihrem großen Land, dessen unendliche Ebenen sommers unter dem goldenen Korn dünen und winters unter dem tödlichen Frost stöhnen. Das versteht ihr nicht? So hört zu.

Vorgestern führte ein russischer Sergeant mit zwei seiner Soldaten einen Trupp deutscher Gefangener irgendwo in Berlin zur Arbeit, und die Männer trotteten stumm dahin. Mit eins stand eine Frau da, winkte und rief und hatte die Augen weit von Schrecken und doch voll von Freude. Sie rief und winkte, und einer der dumpf Trottenden winkte zurück.

„Dein Mann?“ fragte der Sergeant. Die Frau nickte. „Nimm ihn mit“, sagte der Sergeant. Die Frau hatte nun mehr Schrecken als Freude in den Augen.

„Nimm ihn mit!“ rief der Sergeant. Die Augen der Frau blieben bei dem breiten Gesicht des Sergeanten, als sie in den trottelnden Haufen griff und ihren Mann an seiner Schulter herauszog. Sie zog ihn, heim... wirklich heim.

So, ihr Schelme, jetzt wißt ihr die Hälfte von dem, was in den Herzen der Russen ist. Die andere Hälfte begann, als der Sergeant die Deutschen weiter die Straße entlang führte, und in der fünften Reihe der Gefangenen wanderte die leere Stelle mit.

Da kam aus der Seitenstraße einer mit einer Milchkanne und einem Brot. Irgendeiner, der heim wollte. Dem winkte der Sergeant und

Das freie Wort

Herr Bernhard Schmidt, Daxlanden, Krämerstraße 15, schreibt uns: Wenn man den dritten Brennholzauftrag in Nr. 5 der „NN“ durchliest, muß man sich fragen, ob sich nicht ein Druckfehler eingeschlichen hat. Wenn es aber der altehrwürdige Sprichwort dann ist es vom Wirtschaftsamt eine ungesunde Verteilung und eine Härte für Gruppe A, 1-2 Personen. Denn nach den Sätzen bekommt Gruppe A, 1-2 Personen, nur 2 Zentner Holz, Gruppe B von 3-5 Personen, 5 Zentner und Gruppe C, über 5 Personen, 8 Zentner Holz. Hier stimmt doch etwas nicht. Wir wollen nicht sagen, daß die Gruppe B und C zuviel Holz bekommen, nein im Gegenteil, auch denen langt es nicht bei dem langanhaltenden Frost, zumal das Holz vollkommen naß und gefroren ist. Wenn es getrocknet ist, hat man noch über 80% Verlust. Bei dieser Verteilung handelt es sich nicht um Nahrungsmittel, denn 5 Personen essen ja nicht mehr als 2 Personen aber an einem Ort oder Herd können sich so gut wie 1 Person aus 5 und 6 Personen wärmen, denn da wird nur in ein Loch hineingefeuert, das muß man doch begreifen. Also 2 Personen bekommen 2 Zentner Holz und drei Personen schon 5 Zentner. Das ist doch keine gerechte Verteilung. Es ist zu hoffen, daß es vom Wirtschaftsamt einsehbar ist, daß die Gruppe A baldmöglichst noch eine Nachzulassung gewährt wird. In einem demokratischen Staat gilt gleiches Recht für alle.

Herr Kapp, Knielingen, Rheinbergstraße 22, schreibt uns: Wenn für den wirklichen Bedarf der Kleinkonservierung Bezugscheine ausgeben werden, können diese oftmals nicht eingelöst werden, weil keine Konservendosen und Deckel zur Verfügung stehen, während dem Kom. Leiter des Badischen Beschickungswerkes Herr Chimowitz Dosen und Deckel für private Zwecke genügend zur Verfügung stehen. Kann es möglich sein, daß amtliche Bezugscheine des Wirtschaftsamtes für die Bezugs der B. W. Herrn Chimowitz, in größeren Mengen blanko zur Verfügung stehen, so daß er sich nach Gunst oder Ungunst und nicht nach Bedürftigkeit die Bezugscheine ausstellen kann? Ist es möglich, daß auf diese Bezugscheine andere Artikel des täglichen Bedarfs bezogen werden können? Besteht die Möglichkeit, die Bezugscheine für die Bezugs vom Wirtschaftsamt übertragen bekommen hat? Ich glaube die Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, hierüber, aber nicht über andere Tatsachen, die hier noch nicht zur Sprache gekommen sind, Aufklärung zu erhalten.

Das Wirtschaftsamt Karlsruhe teilt hierzu mit: Die Angelegenheit Konservendosen liegt vor der Zeit der Zwangsbeschaffung und ist restlos geklärt. Wenn die Bad. Beschickungswerke über Dosen für private Zwecke verfügen, so kann es sich nur um Ausschußdosen handeln, über die die Firma frei verfügen kann. Tatsache ist jedoch, daß sich die Bad. Beschickungswerke für die Bezugs der Karlsruhe-Bevölkerung nach Kräften eingesetzt haben. Mit dem Tage der Beschlagnahme bzw. der Zwangsbeschaffung der Produktion von Dosen und Deckeln trat eine Unterbrechung der Bezugs des Landeswirtschaftsamtes über die Wirtschaftsämter an die Verbraucher ein.

SPD fordert Zulassung für Ostzone

Hannover, 31. Jan. (dena-PPD) Die Zulassung der SPD in der Ostzone ist, wie es in einer am Mittwoch hier veröffentlichten Stellungnahme der Pressestelle der SPD heißt, zu einer Frage der deutschen und gesamteuropäischen Demokratie überhaupt geworden.

Die SPD formuliert ihre Forderungen für die Ostzone in folgenden vier Punkten: Erstens: Sicherung der demokratischen Grundrechte in der Ostzone unter Überwachung des alliierten Kontrats.

Zweitens: Freilassung aller inhaftierten SPD-Anhänger, soweit sie nicht von ordentlichen deutschen oder von Gerichten der Besatzungsmacht abgeurteilt worden sind.

Drittens: Rückgabe des gesamten Eigentums der SPD, soweit es von der SED übernommen wurde.

Viertens: Ungehinderter Verkehr mit allen Instanzen der SPD im übrigen Deutschland und Recht auf Beteiligung an allen zentralen Veranstaltungen.

Schumacher zur Unterzeichnung des Friedensvertrages

Hannover, 31. Jan. (dena-PPD) Die Unterzeichnung eines deutschen Friedensvertrages hängt, wie der Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, am 29. d. Mts. erklärte, von der Behandlung der deutschen und europäischen Angelegenheiten in Moskau ab.

Die Siegermächte könnten sich der Tatsache nicht entziehen, daß ein totaler Sieg die totale Verantwortung mit allen Konsequenzen bedeute. Wenn die vertragsschließenden Teile gewillt seien, eine politische und wirtschaftlich grundlegende Neuordnung in Europa vorzunehmen, dann könne die deutsche Zone einen Friedensvertrag übernehmen. Halte die Moskauer Konferenz dagegen an den historischen Tatsachen fest, und verweigere sie eine Politik der nationalstaatlichen und nationalwirtschaftlichen Erweiterung auf Kosten Deutschlands zu treiben, dann wird eine deutsche demokratisch gewählte Instanz Deutschland und Recht andringen, einen solchen Zustand durch ihre Unter-schriften zu verewigen.

Gewerkschaften gegen Loritz

München, 31. Jan. (dena) „Loritz genießt in keiner Weise das Vertrauen der Gewerkschaften“, heißt es in einer am 25. Jan. aus Anlaß der Zusammenkunft von Vertretern des Weltgewerkschaftsbundes mit deutschen Gewerkschaftsleitern vom Vorsitzenden der deutschen Gewerkschaft München, Gustav Schlicher, verlesenen Stellungnahme der Gewerkschaften in Alfr. Loritz. „Seine Handlungsweise als Sonderminister steht im Gegensatz zu dem wirklichen Willen des Entnazifizierungsgesetzes.“

Zentrales Büro der Arbeitsminister

Stuttgart, 31. Jan. (dena) Bei den bilateralen Besprechungen in der britischen Zone mit den Generalen Sir Brian Robertson und Lucius D. Clay erhielten, wie die Pressestelle des Arbeitsministeriums Württemberg-Baden mitteilt, die Arbeitsminister der beiden Zonen die Genehmigung, ein zentrales Büro zur Regelung der gemeinsamen Fragen einzurichten.

Mann ist Mann

Ihr wollt wissen, meine Lieben, wie es in den Herzen der Russen zugeht? Nun, es geht darin zu wie in ihrem großen Land, dessen unendliche Ebenen sommers unter dem goldenen Korn dünen und winters unter dem tödlichen Frost stöhnen. Das versteht ihr nicht? So hört zu.

Vorgestern führte ein russischer Sergeant mit zwei seiner Soldaten einen Trupp deutscher Gefangener irgendwo in Berlin zur Arbeit, und die Männer trotteten stumm dahin. Mit eins stand eine Frau da, winkte und rief und hatte die Augen weit von Schrecken und doch voll von Freude. Sie rief und winkte, und einer der dumpf Trottenden winkte zurück.

„Dein Mann?“ fragte der Sergeant. Die Frau nickte. „Nimm ihn mit“, sagte der Sergeant. Die Frau hatte nun mehr Schrecken als Freude in den Augen.

„Nimm ihn mit!“ rief der Sergeant. Die Augen der Frau blieben bei dem breiten Gesicht des Sergeanten, als sie in den trottelnden Haufen griff und ihren Mann an seiner Schulter herauszog. Sie zog ihn, heim... wirklich heim.

So, ihr Schelme, jetzt wißt ihr die Hälfte von dem, was in den Herzen der Russen ist. Die andere Hälfte begann, als der Sergeant die Deutschen weiter die Straße entlang führte, und in der fünften Reihe der Gefangenen wanderte die leere Stelle mit.

Da kam aus der Seitenstraße einer mit einer Milchkanne und einem Brot. Irgendeiner, der heim wollte. Dem winkte der Sergeant und

Lied der Heimkehrer

Die Tore sind geöffnet, die Straße führt nach Haus. Der Freiheit Sonne gehet im Osten für uns auf. Zum letztenmal in Reih' und Glied, mit gleichem Schritt und Tritt. Drum singen wir ein frohes Lied „Komm Kamerad — komm mit.“

Die Morgenröte neuer Zeit, sie liegt auf allen Wegen. Und läßt vergessen Gram und Leid, der Sonne geht's entgegen. Jetzt heimwärts marschieren wir und halten nochmals Schritt. Die gleiche Freude mir und Dir „Drum Kamerad — komm mit.“

Die Heimat uns voll Freude grüßt, es warten Weib und Kind. Zur Heimat, die im Unglück blüht, zu ihrer wir geschwind. Denn neues Leben wirkt und schafft, zu wenden das Geschick. Nun bauen wir mit aller Kraft „Komm Kamerad — hilf mit.“ Arnold Merkel.

Erfolgreiche Kriminalpolizei

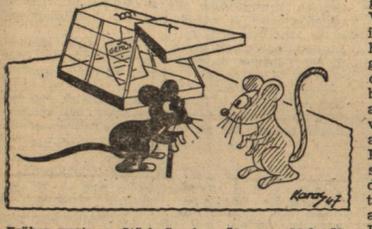
Noch nie wurde die Kriminalpolizei so in Anspruch genommen, wie in den letzten Jahren. Das Rechtsempfinden hat durch die Wirren des letzten Jahres stark gelitten und dementsprechend war auch die Anzahl der strafbaren Delikte. Die Karlsruher Kriminalpolizei hatte sehr früh mit ihrem Aufbau begonnen und deshalb waren auch Erfolge möglich, wie sie anderswo nicht zu verzeichnen sind.

Im abgelaufenen Jahr lagen allein 13 734 Neuanzeigen vor. Von Straftaten mit unbekanntem Täter konnten fast 40 Prozent aufgeklärt werden. Von den insgesamt 1292 festgenommenen Männern wurden 4 wegen Mordes, 25 wegen Mordversuchs, 4 wegen Brandstiftung, 25 wegen Notzucht, Sittlichkeitsverbrechen und Blutschande ins Gefängnis eingeliefert. Bei Raubüberfällen gelang es 31 Tätern festzunehmen und ungewöhnlich hoch ist die Zahl der Verhafteten wegen erschwerter Diebstahls (304) und sonstiger Diebstähle (478). Dabei gelang es, Berufsverbrecher zu fassen, die teilweise für 40-50 Diebstähle verantwortlich sind. Auf Grund von Ausschreibungen verschiedener Behörden erfolgte die Festnahme von 192 männlichen Personen.

Von den insgesamt 552 festgenommenen Frauen wurden 252 wegen gewerblicher Unzucht und Landstreicherei verhaftet. Hoch ist auch die Anzahl der Diebinnen, die in 104 Fällen des Diebstahls aller Art überführt werden konnten. Diese Zahl stützt sich in der Hauptsache auf Einmitleidigkeiten. Nebenher erledigte die Kriminalpolizei 17 784 Aufträge für Behörden und Militärregierung.

Durch das energische Zugreifen konnten Millionen-Werte aller Art in Sachwerten sichergestellt und der Allgemeinheit zugeführt werden.

Wiedergutmachung. Politisch, rassisch und religiös verfolgte oder Geschädigte in Nordbaden, die sich in einer wirtschaftlichen Notlage befinden, können beim Amt für Wiedergutmachung, Karlsruhe, Nordl. Hildapromenade Nr. 1, Antrag auf finanzielle Zuwendungen stellen. Der Antragsteller muß durch den Landesauschuß Württemberg-Baden der vom Nationalsozialismus politisch verfolgten anerkannt oder von der zuständigen Kreisstelle überprüft sein. Auskünfte erteilen die Kreis- und Betreuungsstellen, in Zweifelsfällen das Amt für Wiedergutmachung.



„Früher war's ein Stück Speck, später ne Mohrrübe — und jetzt hängt 'ne verfallene Gemsekarte drin!“

Es geht um Kartoffeln

Besser Trockenkartoffeln als gar keine — Um den Ausgleich für die „Nichteinkellerer“ Dieser Tage wurden Trockenkartoffeln für Normalverbraucher aufgerufen, die keine, bzw. keine 2 Zentner Winterkartoffeln einkellern konnten. Besser Trockenkartoffeln als gar keine Kartoffeln! Aber bitte keine mengenmäßige Benachteiligung derer, die infolge von Fehldispositionen höheren Orts ganz oder teilweise um ihre Einkellerungskartoffeln gekommen sind!

Bekanntlich hat man kurz nach Beginn der Ausgabe der 2 Ztr. Winterkartoffeln das Ausgabequantum auf 1 Ztr. herabgesetzt, und auch diesen einen Ztr. konnten viele Normalverbraucher nicht mehr erhalten, eben weil man sich „oben“ im Ernteergebnis verrechnet hatte, weil die Kartoffelablieferung und der Abtransport in die Städte nicht so rasch vor sich ging, wie es hätte sein sollen, ehe die Winterkälte hereinbrach. Inzwischen sind auch allerhand Tonnen Kartoffeln erfroren und verfault.

Wer Glück hatte, kam in den vollen Besitz der 2 Ztr., wer weniger Glück hatte, bekam noch 1 Ztr., und wer Pech hatte, überhaupt keine Einkellerungskartoffeln. Die „Pechvögel“ müssen nun mit Trockenkartoffeln vorlieb nehmen und erhalten solche zunächst auf die Kartoffelabschnitt 95, 96 u. 97, Kartenperiode. Nun war es doch so, daß der Geschäftsmann, bei dem seinerzeit die Bestellung auf die 2 Ztr. Einkellerungskartoffeln gemacht wurde, die ganzen Abschnitte von der 95. bis zur 100. Kartenperiode einschließlich abgeschlossen hat, — allerdings entgegen einer Anordnung des Ernährungsamtes — ohne aber dafür in den meisten Fällen das ganze Quantum liefern zu können. Es ergibt sich folgende Rechnung: Die 6 abgeschnittenen Kartenperioden sollten für 2 Ztr. = 200 Pfund Einkellerungskartoffeln gut sein. Wer nun diese 2 Ztr. nicht mehr oder nur teilweise bekam, bezieht jetzt in einem bestimmten Gewichtsverhältnis (100 : 500 bei Verbrauchern über drei Jahren) Trockenkartoffeln und käme bei Honorierung der 24 Einzelabschnitte der damals für Einkellerungskartoffeln abgelieferten 6 Kartenperioden auf nur 144 Pfund frische Kartoffeln, also hier schon ein Minus von 56 Pfund, wobei dieses Minus bei Bezug von Trockenkartoffeln noch größer wird; denn 100 g Trockenkartoffeln reichen nie so weit wie 500 g Frischkartoffeln, wobei die Frage nach der gleichen Kalorienzahl von 100 g Trocken- und 500 g Frischkartoffeln noch offen bleibt.

Wir vertrauen auf die Klugheit und Gerechtigkeit des Ernährungsamtes, daß es einen gerechten Ausgleich schafft, damit die ganz oder teilweise ohne Einkellerungskartoffeln gebliebenen Normalverbraucher nicht benachteiligt werden gegenüber denen, die ihren Doppelporzioner rechtzeitig „ins Trockene“ brachten.

Dieser Ausgleich zeichnet sich bereits ab in der Anordnung des E. A., daß die Verbraucher, die keine Kartoffeln einkellern konnten, ihre Kartoffelkarten beim Ernährungsamt abstemmen lassen müssen, wobei darauf hingewiesen wird, daß bei solchen die nur 1 Ztr. Kartoffeln einkellern konnten, dieser bis einschließlich 98. Zuteilungsperiode reichen muß. Erst ab 99. Zuteilungsperiode können die 1 Ztr.-Leute wieder Kartoffeln beziehen. Solche, die 2 volle Zentner Kartoffeln einkellern konnten, erhalten für die 101. und 102. Kartenperiode keine Kartoffelzuteilung, sondern haben erst

Vereidigung von Oberbürgermeister Töpfer

Bürgermeister Dr. Ball ebenfalls vereidigt — Landesdirektor Zimmermann über die neue Selbstverwaltung

In einem schlichten, aber eindrucksvollen Feiertag, wie er den besonderen Umständen unserer heutigen Selbstverwaltung angepaßt ist, fand die Vereidigung und Amtseinführung des neuen Oberbürgermeisters Friedrich Töpfer und des Bürgermeisters Dr. Ball durch den Landesdirektor der Inneren Verwaltung Zimmermann im Rahmen einer Stadtratssitzung statt.

Vom Gräfl. Solms'schen Haus in der Reinhold-Frank-Straße wehte zum ersten Mal in unserer Stadt seit 14 Jahren wieder neben den Karlsruher Stadtfarben das schwarz-rot-goldene Banner, nicht des einheitlichen Reiches von ehemals, wohl aber des neuen Staates Baden-Württemberg. Die Ruinen gerade dieser Straße zeigen eindrucksvoll, was in den 13 Jahren zwischen dem Niederkommen des Banners Schwarz-rot-gold und seiner Wiedererhebung an Fürchterlichem geschehen war.

Im stillvoll dunkel getäfelten, an der Stirnwand mit dem schwarz-rot-goldenen Fahnen Tuch drapierten Repräsentationsraum eröffnete der bisherige stellvertretende Oberbürgermeister Heurich mit einer kurzen, den Anlaß würdigenden Ansprache den Akt der Amtseinführung und Vereidigung, die anschließend von Landesdirektor Dr. Zimmermann vorgenommen wurde. Oberbürgermeister Töpfer und Bürgermeister Dr. Ball gelobten durch Handschlag, nach den Gesetzen des Staates der Militärregierung ihres Amtes zu walten und ihre ganze Kraft den Interessen der Stadt zu widmen.

Landesdirektor Zimmermann, zu dessen Linken Oberbürgermeister Töpfer im Schmucke der historischen goldenen Amtskette der Karlsruher Oberbürgermeister saß, stellte seine kurze, die Ziele und Aufgaben der heutigen Selbstverwaltung umreisende Ansprache mitten in das Zeitgeschehen hinein, indem er betonte, daß in diesen Wochen und Monaten die Würfel um die Zukunft Deutschlands fallen. Das persönliche Leben und das Leben der Gemeinde können davon nicht unberührt bleiben. Die Einheit Deutschlands müsse die Möglichkeit zum Neuaufbau einer Heimat geben, in der sich ein freheitsliebender Bürgersinn entwickeln könne. Die Aufgaben des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters Dr. Ball harrten, seien umfangreich. Von der Hingabe der führenden Männer hänge ihre Erfüllung ab. Oberbürgermeister Töpfer habe in jahrzehntelanger Tätigkeit als Mitglied im Stadtrat eine umfassende Kenntnis des kommunalen Lebens in sein Amt mitgebracht. In diesem Jahr seien die Gemeinden aufgerufen, geordnete Haushaltspläne vorzulegen. Einnahmen und Ausgaben müßten ausgeglichen, und es müsse wiederum mit dem Pfennig gerechnet werden. Die Steuersätze seien der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und des Hausbesitzes anzupassen, ebenso die städtischen Gebühren. Die Selbstverwaltung zwinze auch zur Selbstverantwortung. Die Fürsorge der Gemeinde für den Einzelnen beginne schon bei der werdenden Mutter

und ende erst mit dem Tode des Gemeindegürgers. Mit dem Wunsch, daß die Feiertätigkeit des Oberbürgermeisters der Stadt für Karlsruhe zum Segen gereiche, schloß der Landesdirektor seine wirkungsvolle Rede vor dem Stadtrat.

Oberbürgermeister Töpfer dankte dem bisherigen stellvertretenden Oberbürgermeister Heurich für die interimistische Amtsführung und schilderte dann die Entwicklung der Stadt Karlsruhe seit dem Niederkommen des Jahres 1918 bis heute. Die Sorge, die in der Vergangen-

heit der Vaterstadt gewidmet worden sei, gehöre ihr in ihrem zerstörten Zustand in doppeltem Maße. Möge durch gemeinsame Arbeit Karlsruhe aus den Ruinen wieder erstehen, als wertvolles Glied des geeinten Badnerlandes und eines neuen deutschen Vaterlandes!

Mit der Verpflichtung des an die Stelle des ausscheidenden Oberbürgermeisters in den Stadtrat neu eingetretenen Stadtrats Heilmann (SPD) durch Oberbürgermeister Töpfer, fand die feierliche Handlung ihren Abschluß. W. B.



Landesdirektor Zimmermann vereidigt Oberbürgermeister Töpfer und Bürgermeister Dr. Ball

Sonderaktion beim Wirtschaftsamt in vollem Gange

Besondere Ausgabezeiten ersparen der Bevölkerung größere Zeitverluste — Aufforderung zur Abholung des Bezugscheins mittels Karte

Die alten, verlagerten Bestände sind vom aufgelassenen Handel, der die Zeichen der Zeit versteht, und ehrlich mithilt, die Not der Gemeinschaft im vorgeschriebenen Tempo der zeitbedingten Verhältnisse zu mildern, bereits zu einem Großteil abgesetzt. Die Beschaffung von Neuware stößt oft auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten und verlangt vom Groß- und Einzelhandel äußerster Kraftanstrengung in jeder Beziehung. Es wird noch gemeinsame Zeit dauern, bis wieder eine planmäßige, ununterbrochene Produktion einsetzen kann, um den unübersehbaren Bedarf unserer verarmten Alt- und Neubürger annähernd zu befriedigen.

Das Gebot der Stunde erfordert deshalb Disziplin, vernünftiges Maßhalten der Antragsteller und verpflichtende Einlösung der Bezugscheine in der gesamten amerikanischen Zone. Fest steht, daß der hiesige Einzelhandel auf Grund seiner allmonatlichen Bestandsmeldungen sich alle erdenkliche Mühe gegeben hat, für die Stadt- und Landbevölkerung beachtliche Mengen herbeizuschaffen. Das Wirtschaftsamt kann allerdings nur soweit Bezugscheine ausgeben, als Deckung vorhanden ist und die entsprechenden Lücken ausgefüllt werden können. Wenn hin und wieder seitens des kaufenden Publikums über den schwierigen Einkauf geäußert wird, so dürfte dies auch darauf zurückzuführen sein, daß die neuen Verkaufsstellen noch nicht genügend bekannt sind. Auf Anregung des Wirtschaftsamtes hat sich die Geschäftsstelle des Einzelhandels bereit erklärt, in den nächsten Tagen Handzettel und Plakate herzustellen, auf

denen die über die ganze Stadt verteilten Textil- und Schuhgeschäfte übersichtlich zusammengestellt sind. Die Bearbeitung der auf Grund der Aktion eingegangenen 50 000 Anträge ist in vollem Gange und es wird dringend gebeten, Reklamationen (mündlich und schriftlich) zu unterlassen, da sämtliche Anträge erledigt werden. Die sorgsame Erledigung der Fülle von Anträgen benötigt trotz erhöhtem Einsatz des gesamten Personals einige Wochen; denn es handelt sich nicht nur um das getrennte Ausschreiben der verschiedenen Bezugscheine für jeden Antrag, sondern zuvor muß die Personalkarte auf die bisherigen Bezüge überprüft und zum Schluß der Eintragung der neuen Bezugscheine darauf vorgenommen werden. Der Versand von allzuviel Bezugscheinen würde bedeuten, daß die Einzelhandelsgeschäfte mit ihren oft begrenzten Raumverhältnissen die Käufer nicht zufriedenstellend bedienen könnten.

Das Abholen von Bezugscheinen läßt sich nicht umgehen. Persönliches Erscheinen ist nach Aufforderung nicht erforderlich, die entsprechende Vollmacht und Kennkarte müssen selbstverständlich vorgelegt werden. Um aber der Bevölkerung, vor allen Dingen der Außenbezirke, künftig den oft weiten Anmarschweg zu ersparen, werden während der Dauer der Aktion für das Abholen von Bezugscheinen ab Montag, den 3. Februar, folgende Ausgabestellen errichtet:

- Montag: für Durlach und Aue: Bezirksstelle Durlach (Rathaus), für Oststadt, Rintheim, Hagfeld: Bezirksstelle Ost (Durlacher Allee 60).
Dienstag: für Südstadt und Innen-Ost: Bezirksstelle Süd (Rüppurrstraße 3), für Weiherfeld, Rüppurr, Gartenstadt: Bezirksstelle Rüppurr.
Donnerstag: für Mühlburg und Knielingen: Bezirksstelle Mühlburg (Hardtstr. 5), für Grünwinkel und Daxlanden: Bezirksstelle Grünwinkel (Ecke Zeppelin- und Durmersheimer Straße).
Montag bis Freitag: für Innen-West, Süd-

Mord auf offener Straße

Weingarten. In den späten Abendstunden des 22. Januar wurde der Bürger Franz Biel von zwei Schwarzen angehalten und auf Geld- und Schmucksachen durchsucht. Da die Untersuchung keinerlei Wertgegenstände an den Tag förderte, wurde Biel von einem der Täter kurzerhand erschossen. In Begleitung des glücklichen Umstandes, daß der Täter kurz vor dem Erschießen durch seine Geistesgegenwart mit dem Leben davonkam. Die Täter, die im Besitz eines Autos waren, suchten in einer rasenden Flucht ihr Heil. Die amerikanische Militärpolizei nahm sofort die Verfolgung auf. Der Erschossene stand im 37. Lebensjahr. Er hinterließ eine Witwe mit acht unmündigen Kindern. wst.

Holzlieferungen nach England

Im Sommer des vergangenen Jahres wurde bekanntlich ein Vertrag mit England über die Ausfuhr von 650 000 cbm Holz abgeschlossen. Dieser Vertrag ist durch einen weiteren Abschluß mit Holland über 130 000 cbm ergänzt worden. Das Holz ist über die Häfen Mannheim, Karlsruhe, Heilbronn, Aschaffenburg und Mainz verladen worden. 32 Kähne mit einer Gesamttonnage von 36 135 cbm wurden verladen. 20 000 cbm warten noch auf den Abtransport. Von den insgesamt angelieferten und 56 000 cbm stammten 43 000 aus Bayern, 1 000 cbm aus Württemberg-Baden und 14 000 cbm aus Hessen.

Kein Bedarf in Küchen und Holzbetten? Das Wirtschaftsamt Karlsruhe teilt mit, daß zahlreiche Möbelgeschäfte noch über Betten und Küchen verfügen, obwohl das Wirtschaftsamt schon seit Monaten die Bezugsmarken an die Antragsteller ausgegeben hat. Sämtliche Bezugsmarken für Küchen und Holzbetten werden mit Wirkung vom 15. 2. 47 ungültig. Der Handel ist angewiesen, nach diesem Zeitpunkt die Bezugsmarken nicht mehr einzulösen.

Schwerer Verkehrsunfall. In der Beierthemer-Allee geriet ein Personkraftwagen auf der vereisten Fahrbahn ins Schleudern und überschlug sich. Hierbei wurden drei Insassen tödlich, die übrigen leichter verletzt.

Februar-Geplauder

Und was einem so dabei einfällt Er ist der Benjamin unter den Zwölfen. Sein Leben währet 28 Tage und wenn es hochkommt, nämlich alle vier Jahre, dann sind es 29. Daran sind die Kalenderreformer schuld, zum Beispiel Gaius Julius Cäsar und Papst Gregor XIII. Seitdem hat sich niemand mehr damit befaßt. Die Menschheit hatte ja auch mit anderen Dingen sehr viel zu tun.

Wenn dieser anomale Februar nicht wäre, könnte man glauben, es wäre mit unserer zeitlichen Weltordnung alles in schönster Ordnung. In Wirklichkeit aber leben wir unserer Zeit voraus. Diesmal nicht bildlich gesprochen, sondern der Weltunruhe nach. Augenblicklich sind es etwa 18 Stunden, die wir Chronos vorausseilen. Denn nur an einem einzigen Tag alle vier Jahre, nämlich dann, wenn es einen 29. Februar gibt, stimmt unser Zeitsystem mit dem ewigen Gesetz des Weltalls überein, und schon am darauffolgenden 1. März beginnt wenn auch nur mit 3 Minuten, die neue Differenz. Im Februar 1948 haben wir also mal wieder volle 24 Stunden aufzuholen. Wie schön, wenn das alles wäre, was wir aufzuholen hätten!

Eigentlich spricht die ganze verwickelte Geschichte dieser Zeitrechnung ja nicht sehr für uns. Was kann man schließlich von einer Menschheit erwarten, der es nicht einmal gelungen ist, ihren Kalender der kosmischen Ordnung anzugleichen? Indessen, bei aller Skepsis, ein so katastrophales Versagen hätte man sich doch nicht vorgestellt. Seltsam, zu welchen Gedankenfolgerungen man heutzutage beim Thema Februar kommen kann.

Früher war das anders. Es ist allerdings schon so lange her, daß sich kein Mensch mehr an eine Narrenkappe erinnern kann. Denn seit der Wahnsinn mit Methode jahraus jahrein über im Schwange war, starb die Verrücktheit im Februar dahin. Man sagte, die Zeiten seien zu ernst dazu geworden. Aber letztlich waren die Zeiten nur so ernst geworden, weil wir ein paar Verrückte zu ernst genommen hatten.

Was allerdings in der Weltgeschichte nicht zum ersten Mal geschehen ist. Die gültige Schlussfolgerung wäre demnach, im richtigen Augenblick eine Narrenkappe bereit zu haben. Es empfiehlt sich, einmal daraufhin die Geschichtsbücher zu studieren. Man wird überrascht sein, wie oft die Gelegenheit versäumt wurde. Abgesehen davon, und wenn wir uns der Gegenwart zuwenden, bleibt also festzustellen, daß der Februar 1947 auf keinen Fall närrisch sein wird. Köln am Rhein, das von alters her eine Hochburg des Prinzen Karneval war, hat

Der Sport am Sonntag

Spiele fallen aus Der Badische Sportverband hat sämtliche Spiele der kommenden Sonntage der Badischen Landesliga, Bezirks- und Kreisklasse in ganz Nordbaden wegen der Witterungsverhältnisse abgesagt. Besondere Benachteiligung der Vereine und Schiedsrichter erfolgt nicht.

- Oberliga, Karlsruhe: FC. VfB. Stuttgart 1890 München — Phönix Karlsruhe; 1. FC. Nürnberg — FC. Bamberg; FC. Schweinfurt 05 — Spvgg. Fürth; VfL. Neckarau — Kickers Stuttgart; Eintracht Frankfurt — VfL. Ulm; Schwaben Augsburg — VfB. Mannheim; Viktoria Aschaffenburg — Offenbacher Kickers.
Handball, SV. Blankenloch — TSV. Grünwinkel; TSV. Rintheim — TSV. Postk. Bulach — TSV. Kirchach; TSV. Brötzingen — TSV. Odenheim.
Schwermathletik, Die Mannschaftsmehrkämpfer im Gewichtheben der Gruppe Süd werden am Sonntag in Karlsruhe ausgetragen. Die Mannschaften von Wiesbaden, Bruchsal, Pforzheim und der drei Karlsruher Vereine Germania, Athl.-Gesellschaft und Einigkeit Mühlburg, werden am Start sein. Der Stichtag im Ringen Spv. Brötzingen — Germ. Bruchsal, findet am Samstag in Brötzingen statt. In Pforzheim treffen sich Spv. Pforzheim-Dillstein gegen Einigkeit Mühlburg.

Wiedersehen mit bekannten Filmen

„Feuerzangenbowle“ Dieser Film, den die Kurbel-Lichtspiele zeigen, hatte schon vor Jahren einen verdienten Erfolg. Wir sehen Heinz Rühmann in der Rolle eines Dichters, der viel Versammlungen nachzuholen versucht, indem er als Jüngling verkleidet in einem kleinen romantischen Städtchen die Schulbank drückt. Wir erleben die bekannten Streiche der Primaner in ihrer alten Schulmeister mit den unmöglichsten Einfällen überraschen.

„Kohlhiesels Töchter“ „Kohl-Durlach“ spielt z. Zt. den Film „Kohlhiesels Töchter“. Die Bayern, um die es sich in diesem Streifen handelt, gebrauchen in solchen Fällen den treffenden Dialektausdruck „Schmarren“. Es ist die zum hundertstenmal verfilmte Geschichte vom Toni mit der Voni, vom reichen Erbhofbauern und dessen gewinnstüchtigen Heiratsspekulationen. Die Rolle des zum Schwiegervater auserkorenen reichen Nachbarn ist zweifellos die dankbarste und wird von einem so guten Schauspieler wie Oskar Sima meisterhaft gespielt. Das Publikum amüsiert sich. — II.

„Sieben Briefe“ Unter diesem Titel lief einer der alten deutschen Filme im „M.T.-Durlach“. Ein junger Bildredakteur, der eigentlich Schriftsteller ist, lernt durch Zufall die Tochter eines Zeitungsverlegers kennen und schreibt dieser innerhalb von 7 Tagen 7 Briefe. Inhalt der Briefe ist ein von ihm erdachter Kriminalroman, der so spannend ist, daß Tochter, Dienstmädchen und Vater die Geschichte für wahr nehmen. Natürlich wird dieser Roman, nachdem es sich herausgestellt hat, daß es sich um einen solchen handelt, sofort in jener Zeitung veröffentlicht. Der junge Mann hat sein Glück gemacht und heiratet die Tochter seines Direktors. Regisseur Otto Pittmann bringt viel Spannung in die Geschichte und Elfriede Datzig, Mady Rahl, O. W. Fischer, Paul Kemp, Harald Pausen und Andrews Engelmann bilden eine gute Besetzung der Hauptrollen. — II.

Der Sport am Sonntag

Die Schiedsrichterung findet am 1. Februar, 18 Uhr, in der „Hermonie“, Kaiserstraße, statt.

Radioprogramm

- Stuttgarter Sender
Sonntag, 2. Febr.: 9.00 Unsere Werkstätten, 9.30 Basinalicher Morgen, 10.00 Religiöse Feierstunde, 10.30 Kirchenmusik, 11.00 Evangelischer Gottesdienst, 11.30 Kammermusik, 11.45 Universalstunde, 12.15 Musik, 13.30 Schw. bische Heimat, 14.00 Kinderstunde, 15.00 Musik, 17.00 Hörspiel, 18.30 Symphoniekonzert, 21.15 Operetten-Cocktail, 22.15 Preisbestimmungen, 22.30 Tanzmusik.
Montag, 3. Febr.: 8.30 Volksschau, 9.00 Haus und Heim, 10.00 Schulfunk, 12.00 Musik, 13.30 Schlagermelodien, 17.00 Musik, 18.00 Kunst und Wissenschaft, 18.15 Unse Sport, 18.45 Aktuelles und Wissenswertes, 19.00 Sport, 19.30 Partielle der SPD, 20.00 Schlagercocktail, 21.00 Viele Völker — eine Welt, 21.30 Kammermusik, 22.15 Unterhaltungsmusik.

Wiedersehen mit bekannten Filmen

„Kohlhiesels Töchter“ „Kohl-Durlach“ spielt z. Zt. den Film „Kohlhiesels Töchter“. Die Bayern, um die es sich in diesem Streifen handelt, gebrauchen in solchen Fällen den treffenden Dialektausdruck „Schmarren“. Es ist die zum hundertstenmal verfilmte Geschichte vom Toni mit der Voni, vom reichen Erbhofbauern und dessen gewinnstüchtigen Heiratsspekulationen. Die Rolle des zum Schwiegervater auserkorenen reichen Nachbarn ist zweifellos die dankbarste und wird von einem so guten Schauspieler wie Oskar Sima meisterhaft gespielt. Das Publikum amüsiert sich. — II.

„Sieben Briefe“ Unter diesem Titel lief einer der alten deutschen Filme im „M.T.-Durlach“. Ein junger Bildredakteur, der eigentlich Schriftsteller ist, lernt durch Zufall die Tochter eines Zeitungsverlegers kennen und schreibt dieser innerhalb von 7 Tagen 7 Briefe. Inhalt der Briefe ist ein von ihm erdachter Kriminalroman, der so spannend ist, daß Tochter, Dienstmädchen und Vater die Geschichte für wahr nehmen. Natürlich wird dieser Roman, nachdem es sich herausgestellt hat, daß es sich um einen solchen handelt, sofort in jener Zeitung veröffentlicht. Der junge Mann hat sein Glück gemacht und heiratet die Tochter seines Direktors. Regisseur Otto Pittmann bringt viel Spannung in die Geschichte und Elfriede Datzig, Mady Rahl, O. W. Fischer, Paul Kemp, Harald Pausen und Andrews Engelmann bilden eine gute Besetzung der Hauptrollen. — II.

Wie wird das Wetter?

Wetterbericht vom Amt für Wetterdienst Karlsruhe
Übergang zu Tauwetter, Vorhersage gültig bis Montagabend: Bei zunehmender Bewölkung und aufkommender Niederschlagsneigung langsame Temperaturerholung. Ab Sonntag Tagestemperaturen etwas über 0 Grad, Niederschläge teils in Regen übergehend. Glättegefahr. Schwache ab Südwest streichende Winde.
Rheinstetten
30. Jan.: Konstanz 261 (-1), Breisach 100 (-12), Straßburg 145 (-15), Maxau 324 (-4), Mannheim 100 (-3), Caub 400 (-40), 31. Jan.: Konstanz 259 (-2), Breisach 160 (-8), Straßburg 150 (-15), Maxau 320 (-4), Mannheim 100 (-), Caub 490 (-90), Elstatu.

